

Die Europäische Geodateninfrastruktur (INSPIRE)

Auswirkungen im kommunalen Sektor – das Beispiel Nordrhein-Westfalen

Andrea Garrelmann und Stefan Ostrau

Zusammenfassung

In Nordrhein-Westfalen wird INSPIRE im Zusammenhang mit dem Aufbau einer regionalen, nationalen und europäischen Geodateninfrastruktur gesehen. Die nachfolgenden Ausführungen geben einen Überblick über die kommunale Ausgangssituation sowie die organisatorischen und technischen Auswirkungen von INSPIRE/GDI am Beispiel von Nordrhein-Westfalen.

Summary

In North Rhine-Westphalia INSPIRE is additionally recognised as an opportunity to accelerate the efforts of building up regional, national und European spatial data infrastructures. This paper analyses the starting situation and the organizational und technical effects on the example of communes in North Rhine-Westphalia.

Keywords: INSPIRE, GDI, Kommunen, Nordrhein-Westfalen

1 Einleitung

Auf Grundlage der GDI-Initiativen auf Bundes- und Landesebene sind mittlerweile diverse regionale und interkommunale GDI-Aktivitäten auf Landesebene NRW zu verzeichnen, die ursprünglich nicht auf die Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie ausgerichtet gewesen sind. In Abhängigkeit von Größe und Leistungsfähigkeit der Kommunen existiert darüber hinaus eine Vielzahl kommunaler Geodatenportale, an deren GDI-bezogener Vernetzung derzeit verstärkt gearbeitet wird. Kleine sowie mittelgroße Städte und Gemeinden verfügen demgegenüber weitgehend noch nicht über leistungsfähige Geoportale. Die Gesamtbetrachtung aller 427 Kommunen in NRW zeigt demzufolge ein sehr heterogenes Bild, den Ausbau der GDI betreffend. Angesichts der 23 kreisfreien Städte, 30 Kreise, 364 kreisangehörigen Kommunen sowie der Städteregion Aachen mit zehn regionsangehörigen Gemeinden ist der Ausbau der GDI eine organisatorische und technische Mammutaufgabe, die gleichzeitig auch das enorme Entwicklungspotenzial verdeutlicht.

Zur Steigerung des Bekanntheitsgrades von INSPIRE hat das Innenministerium NRW in Verbindung mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Geschäftsstelle IMA GDI.NRW gemeinsame Aktivitäten u. a. in Form von Fortbildungsveranstaltungen initiiert (Caffier, Sandmann 2010). Die Themen INSPIRE/GDI sind dabei im Kontext gesehen worden, um den Aufbau der Geodateninfrastruktur zu forcieren und deren Auswirkungen so-

wie die Vorteile aufzuzeigen. Auf diese Weise konnte der Bekanntheitsgrad des Themenkomplexes INSPIRE/GDI zwar erhöht werden, verstärkte kommunale Umsetzungsaktivitäten lassen sich bisher allerdings nur ansatzweise feststellen. Im Vordergrund stehen momentan Fragen der kommunalen Betroffenheit, des Pflichtaufgabenumfangs, der Portalbeschaffung, des Ausbaus der dienstbezogenen Vernetzung sowie daran gekoppelter Personal- und Finanzierungsfragen. Die kommunale Zwischenbilanz fällt daher durchwachsen aus: Viele Kommunen erkennen – auch aufgrund der Komplexität und Informationsflut – momentan nur ansatzweise die sie betreffenden organisatorischen und technologischen Auswirkungen von INSPIRE/GDI; überaus schwierige finanzielle Rahmenbedingungen sowie unklarer Nutzen tragen zudem zu einer zögerlichen oder abwartenden Haltung bei. Dies ist Anlass, die derzeitige Situation kritisch zu hinterfragen und nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Bereits in 2006 durchgeführte Studien zum Internetauftreten der nordrhein-westfälischen Städte und Kommunen belegen, dass eGovernment bei fast allen Kommunen in NRW als wichtige Aufgabe erkannt und demzufolge projektweise umgesetzt wird. Dies geschieht allerdings in unterschiedlichen Ausprägungen aufgrund von finanziellen Rahmenbedingungen sowie persönlichem Engagement einzelner Mitarbeiter (Informationsbüro d-NRW 2006). Seit Jahren dominieren Themen wie Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF), EU-Dienstleistungsrichtlinie einschließlich der damit verbundenen Verortung des Einheitlichen Ansprechpartners sowie die Einführung der einheitlichen Behördenrufnummer D115. In der Folge sind teilweise neue Strukturen in Form von Call-Centern/ Bürgerbüros entstanden. In NRW ist die Vorgabe von max. 18 Stellen für die Einrichtung des Einheitlichen Ansprechpartners erfolgt, was durch Bildung von interkommunalen Kooperationen umgesetzt worden ist. Wissensdatenbanken, Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssysteme sowie Zuständigkeitsfinder stehen im Mittelpunkt weiterer Überlegungen zur Binnenmodernisierung. Unter dem Schlagwort »Bürokratieabbau« werden verstärkt Prozessanalysen durchgeführt mit dem Ziel der Überwindung zuständigkeitsbedingter Verwaltungskomplexität, um die Beschleunigung der Verwaltungsabläufe zu erreichen und Synergien in Form von Kosten- und Zeitersparnissen zu erzielen. Insgesamt wird verstärkt daran gearbeitet, die vielfältigen kommunalen Verwaltungsleistungen wie Genehmigungen, Zulassungen etc. in vernetzte Serviceportale einzubinden – ein weiterer Schritt in Richtung virtuelle Organisationen.

Trotz der vielfach propagierten 80-prozentigen Abhängigkeit der Verwaltungsentscheidungen von raumbezogenen Daten kommt der Querschnittsaufgabe INSPIRE/GDI – zumindest aus der allgemeinen kommunalen Sicht – nach wie vor eine eher untergeordnete Bedeutung zu. Dieses erklärt auch die geringe Anzahl an Veröffentlichungen in einschlägigen Zeitschriften der IT-basierten Verwaltungsmodernisierung, was Beispiele wie das Jahrbuch Verwaltungsmodernisierung Deutschland, eGovernment-Computing und eGovernment-Compendium-Referenzbuch für den öffentlichen Sektor belegen. Geodatenbasierte Themen und deren Weiterentwicklung bleiben weitgehend den Spezialisten überlassen. Gradmesser hierfür bilden die zahlreichen technikbasierten Artikel in einschlägigen Fachzeitschriften.

Insbesondere im kommunalen Bereich fehlt bisher weitgehend eine Vernetzung der oben genannten allgemeinen eGovernment-Entwicklungen mit GeoGovernment. Einen Erfolgsfaktor stellt demzufolge die Eingliederung von INSPIRE/GDI in die allgemeinen eGovernment-Anwendungen dar, um zukünftig verstärkt gemeinsame Komponenten (z.B. Netzdienste- und Technologien, Dienste zur Nutzungsvereinbarung etc.) nutzen zu können. Eine Geodateninfrastruktur kann insofern zunächst als Teil einer allgemeinen eGovernment-Infrastruktur verstanden werden (Seifert 2008).

Eine höhere Akzeptanz von Geodaten und Diensten wird zudem durch deren Einbindung in effektive Verwaltungsprozesse sowie Verwaltungsaufgaben mit Lebenslagenbezug (z.B. Jugend, Soziales, Demografie, Planung, Infrastrukturaspekte) erreicht. Einen weiteren Erfolgsfaktor stellt die Hervorhebung insbesondere der Chancen und Stärken interkommunaler Kooperationen dar. Aufgreifen ließen sich zudem Trends und Perspektiven sowie Best-Practice-Beispiele aus dem kommunalen Sektor (z.B. Solarkataster) unter Einbindung der feingliedrigen Kommunaldaten. In der Umsetzung sollten die Verknüpfungen mit den wesentlichen allgemeinen eGovernment-Projekten wie beispielsweise D115, EU-DLR und Zuständigkeitsfinder im Vordergrund stehen. Sinnvoll sind neben Prozesseinbindungen auch eine Analyse der Aspekte »Rechtliche Grundlagen, politische Bedeutung, Zeit, Kooperation, Innovation, Wirtschaftlichkeit«. Es handelt sich dabei um Kriterien zur Priorisierung von Projekten des IT-Planungsrates, der sich auch aufgrund des Bundesländer-übergreifenden Charakters der Gesamthematik GDI-DE widmet.

Neben der Vorgabe von technischen Konzepten ist insbesondere eine umfassende Organisation und Koordinierung der Geodateninfrastruktur erforderlich. Im kommunalen Sektor sind mittlerweile entsprechende Strukturen im Aufbau; in der Regel werden die Querschnittsthemen in Verbindung mit den Rechenzentralen kreisgebietsweise oder regional – allerdings zunächst weitgehend in Form von informellen Kooperationen – angegangen. Die Kreise sowie die kreisfreien Städte und weitere leistungsfähige öffentliche Stellen (z.B. Rechenzentralen, kreisangehöri-

ge Städte) bieten sich hierbei als Hauptansprechpartner an. Spannend bleiben Fragen der Einrichtung von regionalen Zugangsknoten, deren nachhaltige Festlegung interkommunale Kooperationen beispielsweise auf Basis von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen erfordern, in denen auch Rollenverteilungen und Finanzierungsaspekte zu vereinbaren sind.

Infolge der Informationsvielfalt von insgesamt 34 Fachthemen sind unterschiedliche Zuständigkeiten tangiert, sodass die Querschnittsaufgabe INSPIRE/GDI eine binnenorganisatorische Zuweisung erfordert. Einen Erfolgsfaktor stellt somit die eindeutige Zuweisung der Aufgabe Geodatenmanagement dar, die u.a. auch die Koordinierung und Orchestrierung der Arbeiten umfasst. Diese Querschnittsaufgaben übernehmen mittlerweile in vielen Fällen die bei den Kreisen und kreisfreien Städten eingerichteten Vermessungs- und Katasterämter.

Mit dem vorliegenden GDI-DE-Architekturkonzept sowie dem Konzept der Nationalen Geodatenbasis (NGDB) wurden die Grundlagen für die INSPIRE/GDI-basierte Verwaltungsmodernisierung geschaffen; landesspezifisch ergänzte Konzepte definieren die technischen Anforderungen einschließlich zentralem Zugangsknoten NRW. Die NGDB enthält alle Geodaten der verschiedenen Verwaltungsebenen, die zur Erledigung gesetzlich vorgeschriebener Aufgaben, zur Unterstützung modernen Verwaltungshandelns und der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Forschung in Deutschland benötigt werden und demzufolge bereitzustellen sind (NGDB GDI-DE 2009). Hiervon betroffen sind teilweise über die INSPIRE-Richtlinie hinausgehende Geodaten, sodass daraus zumindest mittelfristig auch weitere Anforderungen an die Kommunen resultieren.

Einen weiteren Erfolgsfaktor stellt die stärkere Gesamtbetrachtung der vorgenannten Konzepte und Aktivitäten (INSPIRE/GDI/NGDB/Deutschland-Online, Vorhaben Geodaten) in der Öffentlichkeitsarbeit dar – den politischen und technischen Entscheidungsträgern sind ohnehin die Unterschiede nicht bekannt und zudem schwer vermittelbar. Durch stärkere Konzentration auf die Frage der Mehrwerte und Synergien kann zudem eine Reduzierung der kommunalen Aktivitäten auf die Frage der gesetzlichen Verpflichtung vermieden werden. Die zu vermittelnde Kernbotschaft sollte vielmehr sein, durch den Einsatz von Geodaten und Diensten zur zeitgemäßen Erbringung von Verwaltungsleistungen beizutragen. Über systematische Erhebungen der Einführungsstände und damit verbundene interkommunale Vergleiche sollte nachgedacht werden.

Mittlerweile ist auf Bundesebene ein Kommunales Koordinierungsgremium mit Vertretern aus Städten, Landkreisen und Gemeinden zur Unterstützung der GDI-DE gegründet worden – ein Schritt, der auch von Seiten der GDI-DE-Leitung ausdrücklich begrüßt wird. Zudem bringen sich bereits zahlreiche Akteure der breit aufgestellten kommunalen Ebene in die Arbeitskreise der GDI-DE sowie in die Fachnetzwerke ein. Auf diese Weise lassen sich

auch die Schnittstellen der verschiedenen GDI-Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) stärker abstimmen und ebenenübergreifende Projekte initiieren.

Die nachstehenden Ausführungen, basierend auf einem Artikel für den »Eildienst« des Landkreistages NRW (Garrelmann, Ostrau 2010), mögen als Anregung für die weitere Öffentlichkeitsarbeit insbesondere im kommunalen Sektor dienen mit dem Ziel, kommunalpolitische und technische Entscheidungsträger über den Themenkomplex INSPIRE/GDI zu informieren und schwerpunktmäßig die organisatorischen und interkommunalen Herausforderungen aufzuzeigen

2 INSPIRE/GDI und Verwaltungsmodernisierung

Kaum ist die EU-Dienstleistungsrichtlinie weitgehend umgesetzt, kommt bereits die nächste EU-Norm auf den öffentlichen Sektor zu – die INSPIRE-Richtlinie. Sie verpflichtet die Mitgliedstaaten zum schrittweisen Aufbau einer europäischen Geodateninfrastruktur, einem Netzwerk zum Austausch von Geodaten. Initiativen zum Aufbau der Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) sind nicht neu – bereits 1998 ist beispielsweise der Beschluss der Bundesregierung zur Verbesserung der Koordinierung des Geoinformationswesens ergangen, um Verfügbarkeit und Nutzung der in den Bundesbehörden vorliegenden Geodaten zu steigern. In der Folge hat sich eine Vielzahl von Aktivitäten sowohl in den Bundesländern als auch im regionalen Kontext entwickelt. Aufgrund des Bundes-Länder-übergreifenden Charakters widmet sich auch der neu gebildete IT-Planungsrat der Gesamthematik Geodaten. Forciert werden soll die föderale Zusammenarbeit der verschiedenen Verwaltungsfachbereiche und -ebenen durch Vernetzung der Geodaten. Den Stellenwert von Geodaten und Diensten als Bestandteile der IT-gestützten Verwaltungsmodernisierung hat auch der Deutsche Landkreistag durch zwei aktuelle Veröffentlichungen herausgestellt (Deutscher Landkreistag 2009a, b). Neben diversen Anwendungsfeldern werden die Synergien umschrieben mit hoher Steuerungsrelevanz für politische und administrative Entscheidungen, Erhöhung der Verwaltungseffizienz sowie neuen Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit.

Die INSPIRE-Richtlinie vom 15.05.2007 (Infrastructure for Spatial Information in Europe) regelt, dass die Mitgliedsstaaten der EU bis zum Jahr 2019 schrittweise nationale Geodateninfrastrukturen aufbauen müssen. Sie bildet den folgerichtigen Schritt eines europäischen Vernetzungsansatzes mit stärkerer Anbindung und Standardisierung von Geodaten und Diensten (raumbezogenen Webservices zur Verarbeitung von Geodaten). Die INSPIRE-Richtlinie wurde mittlerweile sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene durch Geodatenzugangsgesetze in nationales Recht umgesetzt (für NRW gilt das Geodatenzugangsgesetz NRW – GeoZG NRW – vom 17.02.2009). Wesentliches Ziel bildet auch hier die

Vereinfachung des Zugangs zu Geodaten und Metadaten (eine Art »gelbe Seiten« über Geodaten; beispielsweise Informationen zu Datengenauigkeit, -herkunft, -verfügbarkeit) über internetbasierte Dienste durch Aufbau einer nationalen Geodateninfrastruktur. Erreicht wird dieses durch einen elektronischen Verbund verteilter digitaler Geodatenbestände, die in einem Netzwerk über Online-Dienste verfügbar gemacht werden. Von dem Aufbau betroffen sind alle Verwaltungsebenen, da Geodaten und Metadaten bei Bund, Ländern und Kommunen häufig als gesetzliche Pflichtaufgabe vorgehalten werden. Die fach- und ebenenübergreifende Bereitstellung und Nutzung von Geodaten erfordert zunächst Rahmenvorgaben des Landes NRW zum Portalverbund sowie zu Daten- und Metadatenstandards.

3 Organisationsstruktur zum Aufbau von INSPIRE/GDI-NRW

In NRW koordiniert seit 2004 der Interministerielle Ausschuss für das Geoinformationswesen (IMA GDI.NRW) den Aufbau der Geodateninfrastruktur (Abb. 1). Neben Vertretern der Landesressorts (Mitglieder) gehören diesem Gremium auch Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sowie des Landesbetriebs Informations- und Kommunikationstechnologie (IT.NRW) und der Wirtschaft als Gäste an. Die Aufgaben des IMA GDI.NRW umfassen die ressortübergreifende Koordinierung (Landesverwaltung) sowie die Beratung der Landesregierung bei der Umsetzung der GDI-DE-Beschlüsse. Unterstützt wird der IMA GDI.NRW durch eine Geschäftsstelle, die bei der Bezirksregierung Köln, Abteilung Geobasis NRW eingerichtet ist (vormals Landesvermessungsamt NRW). Die technischen Rahmenbedingungen werden in Arbeitsgruppen unter Einbeziehung kommunaler Praktiker erarbeitet. Fragen der kommunalen Betroffenheit, der Umsetzung sowie der kommunalbezogenen Bündelung von Fachthemen behandelt eine Arbeitsgruppe der kommunalen Spitzenverbände unter Beteiligung des Landes NRW.

4 Technische Anforderungen und deren kommunale Auswirkungen

Die INSPIRE-Richtlinie bzw. das GeoZG NRW verlangen die Bereitstellung von Geodaten, Metadaten und Diensten nach einem festgelegten Zeitplan. Hierfür sind insgesamt 34 Fachthemen, eingeteilt in drei Gruppen (sogenannte Annex-Bereiche), schrittweise in vorgegebenen Datenformaten aufzubereiten und über einen zentralen Zugangsknoten (Geoportal.NRW) bereitzustellen. Die Verpflichtung bezieht sich auf bereits in elektronischer Form vorliegende Geodaten, da nur diese in technischen Netzwerken verfügbar gemacht werden können – eine digitale Erfassung analog vorhandener Daten ist nicht gefordert. Dabei wird zwischen der Bereitstellung von

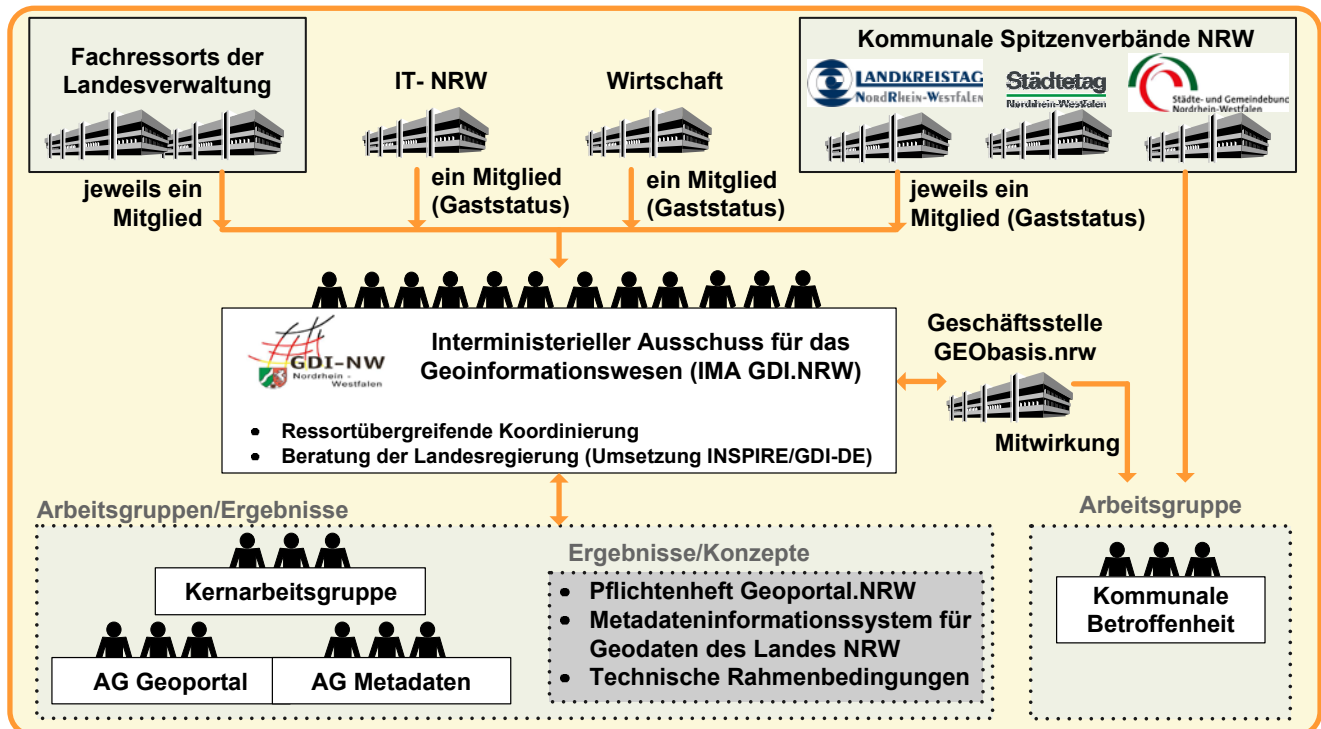


Abb. 1: Organisationsstruktur INSPIRE/GDI-NW

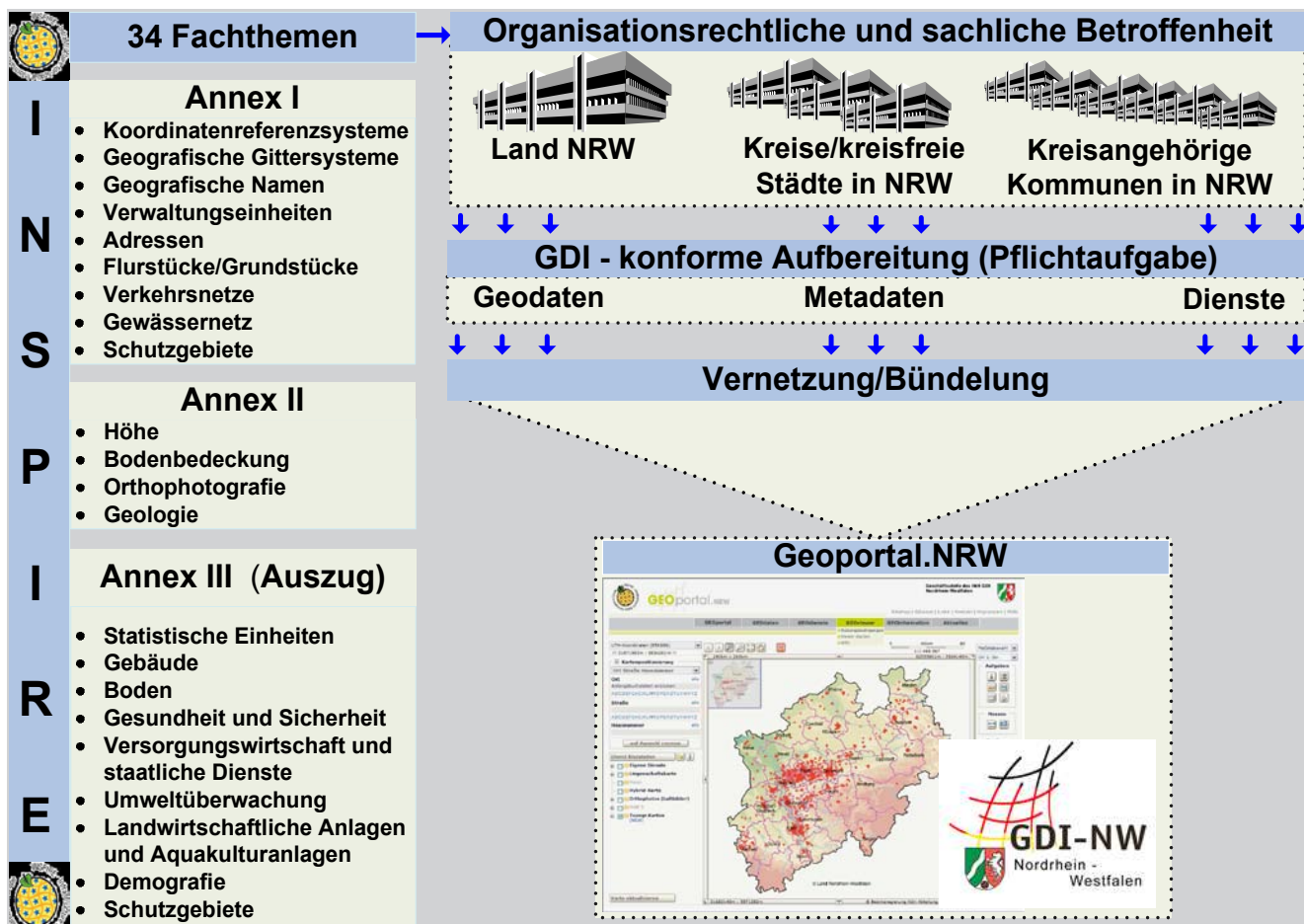


Abb. 2: INSPIRE-Themen mit gebündelter Bereitstellung im Geoportal.NRW

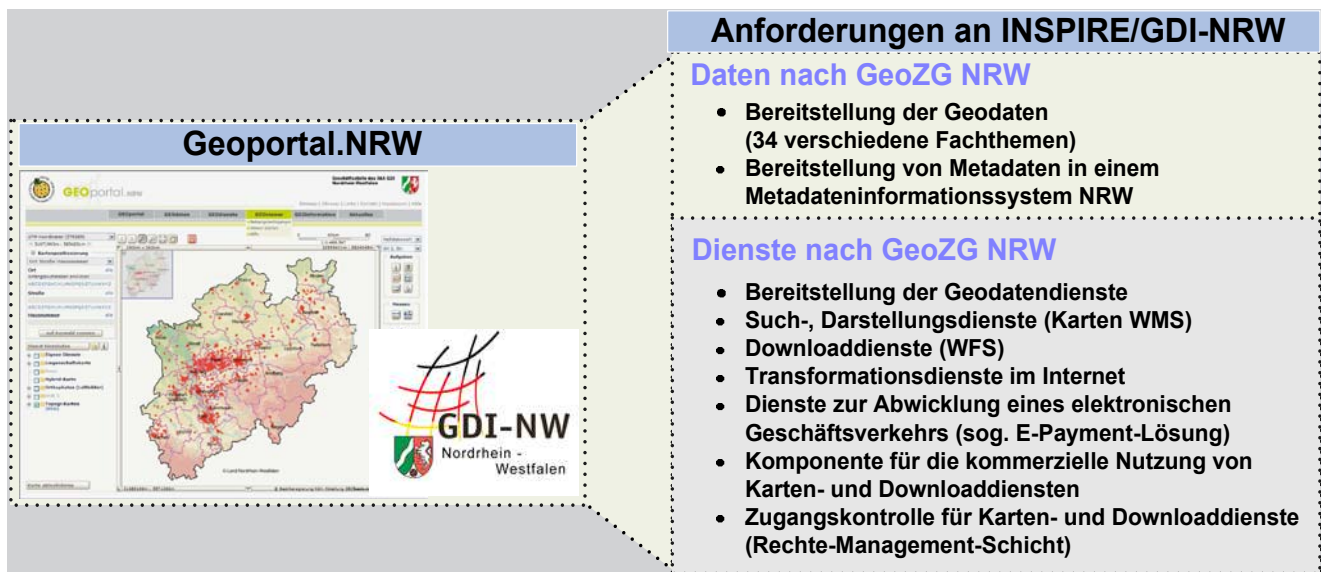


Abb. 3: Notwendige Dienste und Geodaten im Geoportal.NRW

Metadatenätzen und Geodatenätzen unterschieden. Abb. 2 veranschaulicht die INSPIRE-Themen mit der geplanten Bündelung im Geoportal.NRW.

Eine Bereitstellungspflicht von Geodaten, Metadaten und Diensten der öffentlichen Stellen ergibt sich für Bund, Land und Kommunen in Abhängigkeit der gesetzlichen Verpflichtung zur originären Führung der Fachdaten, wobei insbesondere die Annex-Themen II und III kommunale Daten betreffen.

Mittlerweile liegen Fachkonzepte in Form eines Pflichtenheftes für den Zugangsknoten in NRW (Geoportal.NRW) und eines Metadateninformationssystems für die Metadaten des Landes (GeoMIS.NRW) vor, die Bestandteile des Gesamtkonzeptes für INSPIRE in NRW bilden. Festgelegt sind Technologien, elementare Funktionen sowie technische Standards, ohne die die angestrebte Vernetzung von Daten, Metadaten und Diensten nicht funktioniert. Das Geoportal.NRW wurde bereits in einer 1. Realisierungsstufe umgesetzt und der breiten Öffentlichkeit im Rahmen der INTERGEO® 2010 vorgestellt. Es bündelt die Geodaten/Metadaten des Landes NRW, stellt entsprechende Dienste bereit, wird an den nationalen Zugangsknoten der Bundesrepublik Deutschland (Geoportal.Bund) angeschlossen und bildet die Grundlage für die Anbindung der Kommunal- und Regionalportale in NRW (Abb. 3). In das Geoportal.NRW ist ein INSPIRE-konformer Metadatenkatalog bereits integriert.

5 Umsetzungsaktivitäten im Bereich INSPIRE/GDI-NRW

Eine 2009 vorgenommene Betroffenheitsabfrage der Koordinierungsstelle GDI-DE führte zu dem Ergebnis, dass sich insbesondere die Bundes- und Landesverwaltungen in der Pflicht der INSPIRE-Umsetzung sahen, während sich der kommunale Sektor weitgehend »unbetroffen« fühlte. Eine daraufhin im Frühjahr 2010 durchgeführte

NRW-weite Veranstaltungsreihe zum Thema »INSPIRE« vermittelte weitere Informationen und zeigte Unterstützungsleistungen des Landes NRW sowie der Kommunalbehörden untereinander auf. Angeregt wurden zudem informelle Kooperationsstrukturen im kommunalen/regionalen Bereich. Die Fragen der Kommunen betrafen insbesondere die Verpflichtung zur Umsetzung sowie die kommunale Betroffenheit.

Zum Aufbau von Geodateninfrastrukturen sind in einigen Bereichen von NRW bereits Regionalinitiativen gebildet worden (Abb. 4).

Beispiele hierfür sind das Geonetzwerk Münsterland und die GDI-Initiative Südwestfalen. Die weitgehend von den Kreisen initiierten Projekte sind unterschiedlich organisiert und auf regionale Aspekte ausgerichtet.

6 Von der Betroffenheit zu Mehrwerten

Bei der technikunterstützten Aufgabenerledigung im kommunalen Sektor geht es längst nicht mehr nur um die Bereitstellung einfacher Kartendarstellungen. Mittlerweile werden kombinierte Auswertungen von Geodaten mit Statistik-/Einwohnermeldedaten herangezogen, um demografische Szenarien in großräumigen Bereichen (z. B. Regierungsbezirk) oder auch kleinteilig (z. B. ortsteilbezogen) prognostizieren zu können. Derartige Auswertungen gewinnen zunehmend an Bedeutung, da soziodemografische Phänomene sich nicht an Zuständigkeitsgrenzen orientieren und demzufolge auch kommunenübergreifende Analysen erforderlich sind. Nachhaltige Bedarfe bzw. Einzugsbereiche von Infrastruktureinrichtungen (Schulen, Altenwohnheime, Freizeitanlagen etc.) lassen sich auf diese Weise sachgerecht und nachhaltig abschätzen. Die Synergien liegen in abgesicherten Investitions- bzw. Rückbauteilsentscheidungen auf Grundlage von berechneten Szenarien statt bisheriger Bedarfsschätzungen (Abb. 5). Diverse weitere Möglichkeiten sind denkbar, beispiels-



Abb. 4: Ausgewählte regionale GDI-Initiativen in NRW

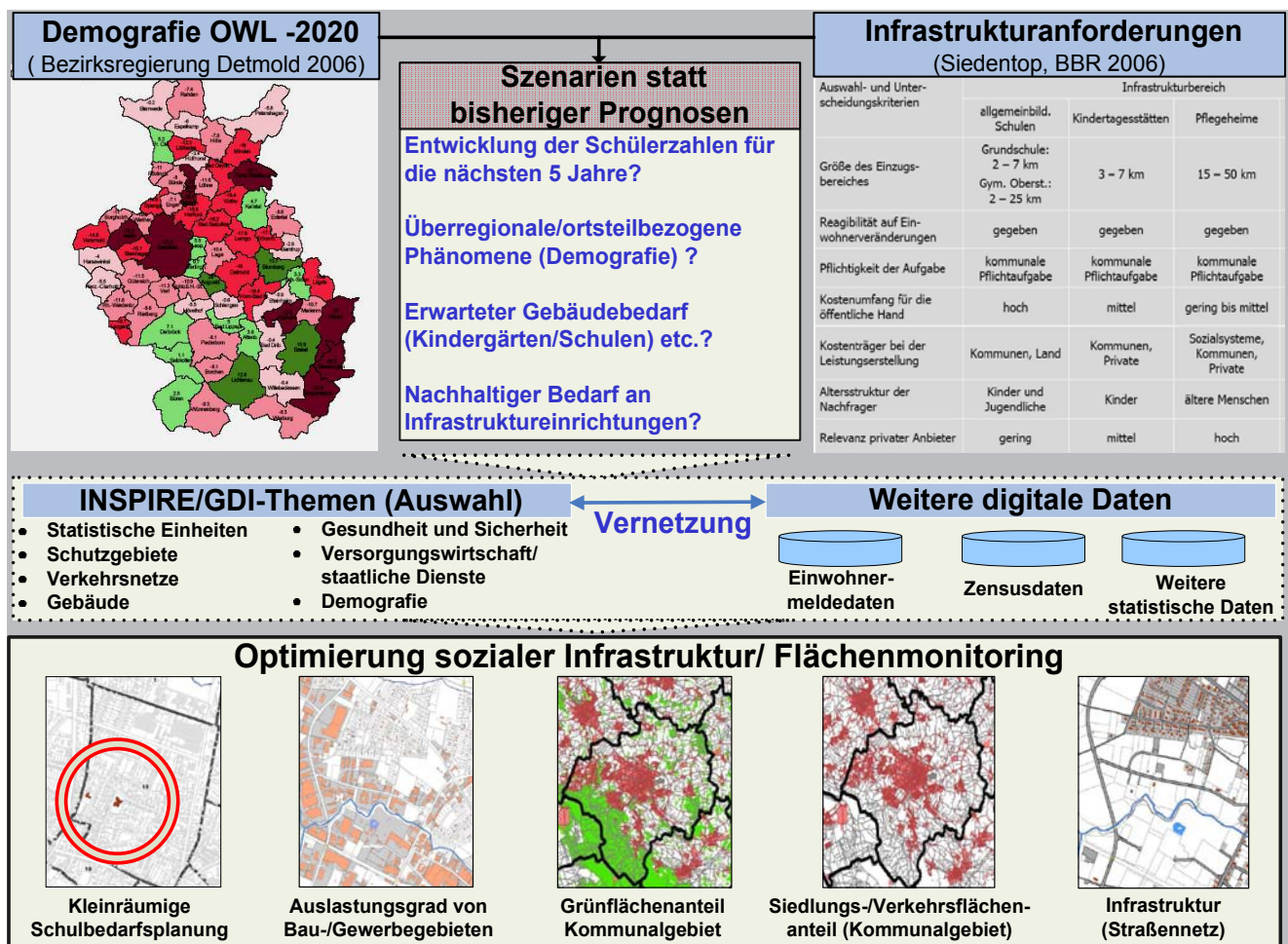


Abb. 5: Geodaten als Grundlage von Entscheidungsprozessen (Szenarien)

weise im Flächenmonitoring oder im Hinblick auf die Auslastung von Bau- und Gewerbegebieten (Siedentop et al. 2006). Dieser Handlungsbereich steht folglich erst am Anfang der Entwicklung, da breit angelegte Umsetzungsaktivitäten nur ansatzweise vorhanden sind.

7 Erfolgsfaktoren zur weiteren INSPIRE/GDI-Umsetzung

INSPIRE steht in direktem Zusammenhang mit den GDI-Initiativen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Deren gemeinsame Zielsetzung ist die ebenenübergreifende Verwaltungsmodernisierung durch den vernetzten Einsatz von Geodaten und Diensten, die eine abgestimmte Vorgehensweise zwischen Bund, Ländern und Kommunen unter Beachtung der technischen Anforderungen (Technologien, elementare Funktionen sowie technische Standards) erfordert. Diese Rahmendingungen sind mittlerweile in NRW konzeptionell erarbeitet worden. Das Geoportal.NRW bildet den zentralen Zugangsknoten für NRW, an den die Kommunal- bzw. Regionalportale mit den feingliedrigen, aussagekräftigen Kommunaldaten angebunden werden sollen, um auf diese Weise auch den angestrebten Portalverbund sowie die Vernetzung von Daten, Metadaten und Diensten der kommunalen Ebene zu erreichen.

In der jetzigen Phase können viele Kommunen die sie betreffenden Auswirkungen in organisatorischer und technologischer Hinsicht nur ansatzweise erkennen. Fragen der Portalbeschaffung, des -ausbaus und der -vernetzung sowie daran gekoppelter Ressourcenbereitstellungen und interkommunaler Unterstützung rücken verstärkt in den Vordergrund. Eine reine Reduzierung der kommunalen Aktivitäten auf die Frage der gesetzlichen Verpflichtung greift zu kurz; es geht letztlich um die zeitgemäße Erbringung der Verwaltungsleistungen durch konsequente Nutzung der Informationstechnologie. Bei Zurückhaltung würde die Chance verpasst, sowohl zeitlich als auch technisch die Vorteile einer umfassenden Verwaltungsmodernisierung durch fach- und ebenenübergreifende Bereitstellung von Geodaten zu nutzen.

Die in einigen Teilen von NRW bereits vorhandenen GDI-Regionalinitiativen sollten ausgebaut werden; in den übrigen Bereichen werden zumindest informelle Kooperationen empfohlen. In der Binnenorganisation ist der schrittweise Aufbau von Geodaten und Diensten sowie deren Vernetzung in organisatorischer und technischer Hinsicht zu bewältigen – dieses sog. Geodatenmanagement stellt eine Querschnittsaufgabe der nächsten Jahre dar, für die entsprechende Ressourcen bereitzustellen sind. Dem stehen vielfältige Einsparungen bei anderen Verwaltungsprozessen gegenüber. Durch qualifizierte Verwaltungsentscheidungen, z. B. Planungsprozesse, werden zudem erhebliche Kosten eingespart.

Literatur

- Birth, K.; Caffier, A.: Gesetz über den Zugang zu digitalen Geodaten Nordrhein-Westfalen. In: NÖV 1/2010, S. 1 ff.
- Birth, K.; Schleyer, A.: Geodateninfrastruktur. Hrsg. Kummer/Frankenberg: Das deutsche Vermessungs- und Geoinformationswesen. Wichmann-Verlag, 2010, S. 601 ff.
- Caffier, A.; Robens, F.; Sandmann, S.: Informationsveranstaltung INSPIRE-Umsetzung in NRW für Kommunen. In: NÖV 2/2010, S. 44 ff.
- Caffier, A.; Sandmann, S.: INSPIRE-Umsetzung in Nordrhein-Westfalen. In: zfv – Zeitschrift für Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement, Heft 4/2010, S. 226–234.
- Deutscher Landkreistag: Geodaten sinnvoll nutzen. Schriften des Deutschen Landkreistages; Band 81 der Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte der Deutschen Landkreise e. V., 2009a.
- Deutscher Landkreistag: Nationale E-Government-Strategie – Positionsbestimmung des Deutschen Landkreistages. Band 84 der Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte der Deutschen Landkreise e. V., 2009b.
- Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union: Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE), Amtsblatt der Europäischen Union, L. 108, 50. Jahrgang.
- Garrelmann, A.; Ostrau, St.: Die Europäische Geodateninfrastruktur (INSPIRE) – Auswirkungen im kommunalen Sektor. In: Landkreistag NRW 2010, Eildienst 09/2010.
- Gst. IMA GDI.NRW: Gesamtkonzept zur Umsetzung der Richtlinie 2007/2/EG (INSPIRE-Richtlinie) in NRW, www.ima-gdi.nrw.de, 2010.
- Gst. IMA GDI.NRW: Pflichtenheft Geoportal.NRW, www.ima-gdi.nrw.de, 2010.
- Gst. IMA GDI.NRW: Pflichtenheft für das Metadateninformationssystem für Geodaten des Landes NRW GeoMIS.NRW, www.ima-gdi.nrw.de, 2010.
- Informationsbüro d-NRW: Virtuelles Rathaus NRW 2006; Studie zum Internetauftritt der Nordrhein-westfälischen Städte und Kommunen, 2006.
- Kötter, T.: Der Umbau der Städte als Prozess – Handlungsfelder, Strategien und Instrumente. In: Flächenmanagement und Bodenordnung, Heft 4/2006, S. 175–183.
- Landtag Nordrhein-Westfalen: Gesetz über den Zugang zu digitalen Geodaten Nordrhein-Westfalen (Geodatenzugangsgesetz – GeoZG NRW) vom 17. Februar 2009, Gesetz- und Verordnungsblatt vom 28.02.2009, 7134.
- NGDB GDI-DE: Die Nationale Geodatenbasis der Geodateninfrastruktur Deutschland – Konzept zur Identifikation von Geodaten der NGDB sowie deren Qualitätsanforderungen (NGDB GDI-DE), Version 1.0, Stand: 04.11.2009, www.gdi-de, 13.08.2010.
- NGDB GDI-DE: Umsetzungsplan; 13. Sitzung des LG GDI-DE am 05.05.2010, TOP 3.2 Nationale Geodatenbasis, Eckpunkte für die Erstellung eines Umsetzungsplans zum NGDB-Konzept, www.gdi-de, 13.08.2010.
- Seifert, M.: Wissenschaftlicher Beitrag für den Aufbau einer Geodateninfrastruktur zur Lösung von Aufgaben des E-Government. Diss, ETH Zürich, S. 17, 107, 2008.
- Siedentop et al.: Siedlungsentwicklung und Infrastrukturkosten – Bilanzierung und Strategieentwicklung, Abschlussbericht. Online-Publikation des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Bonn, Mai 2006, S. 37.

Anschrift der Verfasser

Dr. Andrea Garrelmann
Landkreistag NRW
Kavalleriestraße 8, 40213 Düsseldorf
andrea.garrelmann@lkt-nrw.de

Dr.-Ing. Stefan Ostrau
Kreis Lippe
Felix-Fechenbach-Straße 5, 32756 Detmold
s.ostrau@lippe.de